

Neudruck

Entschließungsantrag

der Fraktion SPD

der Fraktion CDU

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe“ Drs. 6/2920

Für eine gute Unterbringung und zügige Integration von minderjährigen Flüchtlingen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu einer Willkommenskultur gerade für geflüchtete unbegleitete Kinder und Jugendliche. Für sie gelten aufgrund ihres Schutzbedürfnisses besondere Maßstäbe bei der Aufnahme und Integration in unser Land. Diesen jungen Menschen bei uns eine Heimat zu bieten und ihnen trotz ihrer – zum Teil traumatischen – Erlebnisse ein kind- und jugendgerechtes Aufwachsen zu ermöglichen ist erklärtes Ziel des Landtages. Der Landtag ruft daher die Landesregierung, die Landkreise und kreisfreien Städte, die freien Träger der Jugendhilfe sowie die vielen ehren- und hauptamtlich Engagierten in diesem Land auf, die bestmöglichen Bedingungen für die minderjährigen Flüchtlinge zu schaffen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes folgende weitere Maßnahmen zu ergreifen:
 - Erarbeitung von landesweit geltenden Standards für das Clearingverfahren.
 - Begleitung des Gesetzes mit einer wissenschaftlich gestützten Evaluation.
 - sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, gemeinsame Standards und Verfahren zu entwickeln, wie im Rahmen der Altersfeststellung auch in Zweifelsfällen das Kindeswohl im Vordergrund steht.
 - sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass klargestellt wird, dass eine Untersuchung nach §42a SGB VIII auch eine Untersuchung nach §62 AsylG beinhaltet, um so doppelte Untersuchungen nach §62 AsylG zu vermeiden
3. Der Landtag bittet die Landkreise und kreisfreien Städte, zum Einen bei der Unterbringung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge darauf zu achten,

dass eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist und zum Anderen, dass vor der Verteilung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge eine bestehende enge Sozialbindung auch zu Personen ohne Sorgeberechtigung berücksichtigt wird.

4. Gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten sollen die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgebaut und neue Wege, wie zum Beispiel Patenschaften, erprobt werden. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch, ob das in Rheinland-Pfalz erprobte ‚Trierer Modell‘ zunächst in Gastfamilien unterzubringen, auch für Brandenburg eine geeignete Option der Unterbringung darstellt. Ebenfalls soll geprüft werden, in welcher Form Informations- und Beratungsangebote für minderjährige Flüchtlinge etabliert werden können. Zu diesen Punkten soll gegenüber dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Landtages berichtet werden.

Klaus Ness
für die SPD-Fraktion

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Péter Vida
für die BVB/FREIE WÄHLER Gruppe